

Wo ist die SPD? - Neustart für die Sozialdemokratie

Die SPD ist in einer tiefen Krise.

Die Wahlerfolge haben ihren Tiefpunkt erreicht, eine Regierungsbeteiligung ist ausgeschlossen. Die Serie von Wahlniederlagen ist nun auch auf Bundesebene angekommen.

Von beiden Seiten des Parteienspektrums wurden wir eingeklemmt durch eine sich sozialdemokratischer gerierende CDU und eine Linkspartei, deren Wählerzuspruch und organisatorischen Beziehungen tief in unsere Klientel reichen.

Die strategischen Optionen von Kooperationen zum Machterwerb sind nach den gegenwärtigen Wählerstimmverteilungen entweder nahezu unerreichbar (rot-grün), sozialliberale Modelle sind in der Wechselbeziehung zur FDP gegenwärtig schwer vorstellbar und schließlich sind alle Orientierungen zur Linkspartei als Partner durch starkes mediales Störfeuer und durch teilweise massive öffentliche Ablehnungen erschwert.

Aus dieser Krise wird sich die Partei nicht durch die beliebte Kombination aus einer handvoll Personalentscheidungen, flott formuliertem Grundsatzantrag und einem griffigen Politslogan herausarbeiten können. Weder Koalitionsdiskussionen noch die Orientierung und Abarbeiten an anderen Parteien werden die SPD wieder nach vorn bringen.

Vielmehr muss ein Prozess der Selbsterkenntnis und Selbstvergewisserung gestartet werden, der die Partei und das der Partei zugeneigte Bevölkerungs- und Organisationenumfeld erfasst.

Wir schlagen einen auf allen Parteebenen anzustoßenden ergebnisoffenen Diskussionsprozess vor. Ziel dieses Prozesses ist es zunächst innerhalb der Partei inhaltliche Grundlagen und faire und offene Diskussionseinstiege für die unumgängliche Erneuerung der Partei zu gewinnen. Dieser Prozess muss es leisten, langfristige Entwicklungslinien und symbolbehaftete Themen voneinander zu trennen. Dieser Prozess muss es leisten, langfristige Entwicklungslinien und symbolbehaftete Themen voneinander zu trennen. Die Diskussion soll zu allen Teilen der Gesellschaft geöffnet und eine öffentliche Diskussion werden.

1. Zeit nehmen für eine breite und offene Diskussion

Wir sollten uns weder von außen noch von innen Zeitdruck aufbauen. Unser Wiedererstarken ist nichts, was bis zum Ende des Jahres erledigt werden kann.

Gestaltungskraft und Glaubwürdigkeit der Politik zurückgewinnen – Hoffnung geben

Nicht nur die SPD selbst – das gesamte politisch-parlamentarische System droht in eine Krise zu geraten. Diese Krise trifft uns umso stärker, weil sich in und um uns immer Personen gesammelt haben, denen es um mehr als unmittelbare Interessenpolitik geht.

Indem wir vorleben, dass aus demokratischen Prozessen wieder Veränderungen werden, können wir auch verlorenes Vertrauen in uns und in die Demokratie wieder herstellen.

Gesellschaftliche Gestaltung spielt sich aber nicht nur in den Parlamenten ab. Die SPD hat ihre außerparlamentarische Kraft verloren. In Organisationen einbezogen sein und sich einzubringen ist ein zweites Standbein gesellschaftlicher Gestaltung im Sinne unseres Verfassungsauftrags (der Mitwirkung an der politischen Willensbildung).

Der Prozess muss zwingend mit unseren aktuellen praktischen Politikfeldern und Ebenen verbunden sein. Länder und Kommunen, in denen wir regieren müssen eine Schlüsselrolle bei der Rückgewinnung von Vertrauen spielen.

Die Sozialdemokratie muss aus der Kommunalpolitik neue Kraft entwickeln. Aus unserem Selbstverständnis heraus ist Kommunalpolitik nicht die dritte oder vierte Ebene politischen Handelns, sondern eigenständige Kraft und Kategorie

Argumentieren statt Behaupten

Unser Neuanfang wird ohne die Bereitschaft Aller zum Kompromiss zur gemeinsamen Arbeit an Inhalten vor allem aber zur Definition des Gemeinsamen statt des Trennenden nicht zu bewältigen sein. Uns alle verbinden der Wille und die Fähigkeit zur Verantwortung. Nun haben wir Verantwortung für die Partei. Diese erfordert, dass wir offen und ehrlich bilanzieren, bestimmte Denkrichtungen nicht von vorneherein ausschließen und uns mit unseren jeweiligen Stärken schätzen und anerkennen.

Der Weg darf nicht zu einer historischen Kommission werden, in der wenige stellvertretend für alle irgendetwas tief analysieren und aufarbeiten. Unser Weg in die Zukunft darf nicht von wenigen gedacht werden, dem dann viele zu folgen haben. Die Zukunft ist eine Aufgabe aller Mitglieder.

Die „Basta-Politik“ vergangener Jahre war untauglich die Partei zu führen. Unser Umgang untereinander muss von gegenseitigem Respekt, Langfristigkeit und gegenseitigem Zuhören geprägt sein. Wir müssen Charakter zeigen und wieder Empathie gegenüber den Menschen entwickeln.

Die gemeinsam demokratisch beschlossenen Positionen sind gemeinsam zu vertreten. Wir dürfen nicht den Eindruck vermitteln, dass die SPD aus mehreren Parteien besteht.

Legitimierte Personalentscheidungen

Wir wollen eine Personalauswahl, die nicht in Hinterzimmern stattfindet. Wir wollen keine fertigen Personaltabaus, sondern einen offenen Wettbewerb vor der Partei. Vorstellungs- und Diskussionstouren der Kandidaten für die Spitzenparteiämter durch die Partei im Vorfeld einer Wahl sollen Usus werden.

Diese Partei hat ein enormes Potential an politischen Talenten und Sachverstand – das können wir selbstbewusst für uns in Anspruch nehmen. Die Behauptung, dass diese Partei keine Köpfe mehr habe, ist eine reine Medieninszenierung – und nebenbei eine ziemliche Frechheit gegenüber tausenden von Sozialdemokraten, die für diese Partei auf allen Ebenen Großartiges leisten. Eines trifft allerdings zu: Es gibt derzeit in der Tat niemanden, den uns die professionelle Öffentlichkeit als „Mann oder Frau der Stunde“ aufdrängt. Spätesten in diesem Augenblick, zu dem die medial inszenierte Scheinlegitimation nicht mehr greift, sollten wir uns auf unser ureigenstes Legitimationsprinzip berufen: Die Zusammensetzungen unserer Spitzen sind Ergebnis innerparteilicher Demokratie. Die Partei wird von Menschen gestaltet, die für sich und ihre Programmatik Mehrheiten gewinnen konnten! Das was innerparteilich legitimiert, eignet sich auch zur öffentlichen Legitimation.

Derzeit sind wir uns alle über die zu gehende Richtung im Unklaren. Sicherlich haben einzelne mehr oder weniger klare Vorstellungen „wo es hin gehen muss“ und „wer es machen soll“. Es kann aber als sicher gelten, dass unsere Chance NICHT darin besteht uns mehr oder weniger trickreich Tableaus unterzujubeln. Die Partei muss in inhaltlichen und personellen Fragen wieder die Wahl haben. Demokratische Organisationen sind immer die stärkeren Organisationen – diese Stärke gibt uns innere und äußere Transparenz.

2. Demokratisierung der SPD – mehr innerparteiliche Demokratie wagen

Die SPD muss lernen, die Kenntnis der gesellschaftlichen Realität ihrer Mitglieder zu respektieren. Dieses ist durch Mediendarstellungen nicht zu ersetzen.

Demokratie ist nicht nur in der SPD zu einer formalen Methode verkommen. Das Auseinanderfallen zwischen den Überzeugungen und Erfahrungen an der Basis und einer Politik von Parteispitzen hat mit diesem Mangel an Demokratie zu tun. Eine formale Abstimmung ist wenig wert, wenn davor keine Beteiligung, Diskussion, Auswahl und Meinungsbildung stattfand. Eine solche Art der Beteiligung ist umso wichtiger, weil die Vermittlung sozialdemokratischer Politik vor Ort, durch die vielen ehrenamtlichen Mitglieder geschieht. Es muss eine neue Kultur der Wertschätzung entstehen, mit Respekt für die Arbeit Meinung der ehrenamtlich engagierten Mitglieder.

Inhaltliche Debatten müssen wieder geführt, und demokratisch herbeigeführte Entscheidungen und Kompromisse Standard werden.

Wir wollen eine Mitgliederpartei bleiben. Wir werden Menschen aber nicht dadurch für die Mitarbeit in der SPD interessieren, dass sie massenhaft E-Mails erhalten und bei Wahlkämpfen Plakate kleben und Faltblätter stecken dürfen. Das attraktive Angebot zum Parteieintritt ist die reale Beteiligung an politischen Entscheidungen und gesellschaftlicher Gestaltung. Diese Beteiligungskultur muss sich auf allen Ebenen der Partei wieder durchsetzen. Die gilt auch für das WBH, das sich wieder als Dienstleister für die Ehrenamtlichen in der SPD definieren muss.

Die geschrumpfte Bundestagsfraktion setzt sich aufgrund des Wahlergebnisses überwiegend aus den etablierten Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern der

vergangenen Jahre und Jahrzehnte zusammen, die aufgrund des Anciennitätsprinzips bei Listenaufstellungen vorne platziert wurden. Für einen Erneuerungsprozess brauchen wir deshalb eine Stärkung der Partei gegenüber der Fraktion.

Die Parteigremien müssen aufgewertet werden. In unseren Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften haben wir ein großes Potential an Menschen mit Fachwissen, welches wir wieder einbinden müssen. Dazu gehört auch, dass sich Vorstände und Parteitage wieder selber ernst nehmen. Es muss wieder eine Bedeutung haben, gewählt oder delegiert zu werden.

3. Ehrliche Bilanz von 11 Regierungsjahren

Wir müssen uns auf unsere Grundwerte zurückbesinnen. Und uns daran erinnern, dass wir fast immer aus diesen Werten heraus und nur selten gegen sie gehandelt haben. Wir haben die Zusammenlegung von Arbeit und Sozialhilfe propagiert weil wir die Menschen in Arbeit bringen wollten – nicht weil wir die Absicht hatten ihnen zu schaden.

Eine positive Kommunikation der Reformen wird ohne eine ernsthafte Zwischenbilanz nicht möglich sein. Wenn wir unsere politischen Absichten positiv darstellen wollen, werden wir offen und ehrlich beantworten müssen, was wir erreicht und was wir nicht erreicht haben.

Wir werden uns damit auseinandersetzen müssen, dass 20 Jahre neoliberaler Mainstream in Wirtschaft, Wissenschaft und Medien nicht spurlos an uns vorübergegangen sind und wir auch Verantwortung für politische Fehler tragen, die mit zur Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise beigetragen haben und direkte negative Auswirkungen auf die Biographien und Lebensleistungen von Menschen hatten. Ein vollständiges Infragestellen unserer Politik der letzten 11 Jahre wäre aber genauso fatal wie eisernes Festhalten an einmal gefassten Entschlüssen.

Wir haben die Zukunft dieser Gesellschaft im Blick: Deshalb haben wir uns beispielsweise der demografischen Frage gewidmet und versucht eine Lösung zu finden, die eine solidarisch finanzierte Rente auch noch für die übernächste Generation sicherstellt. Wir wären vermutlich auch die einzigen gewesen, die den Menschen erklärt hätten, dass die Alternative zur Rente mit 67 in einer Beitragserhöhung bestanden hätte. Möglichweise sollten wir uns in Zukunft als diejenigen zeigen, die Alternativen klar benennen und die Mitglieder in die Entscheidung einbeziehen, statt aus Angst vor der unangenehmen einen Wahrheit lieber die Wahrheit zu verkünden, die uns schadet.

4. Zukunftsfelder bestimmen

Keine Gesellschaft funktioniert nur als Sozialstaat oder als Staat von Zinsbeziehern, Naturschützern oder als Dienstleistungsgesellschaft. Unsere Stärke muss darin liegen soziale Gerechtigkeit mit verschiedenen Lebensrealitäten, Biografien und sozialen Fragestellungen in Verbindung und sie mit allen anderen gesellschaftlichen Fragen in Beziehung zu setzen. Daran müssen wir glaubwürdige und nachvollziehbare

Entwicklungslinien aufzuzeigen. Das kann keine andere Partei, das ist die originäre Herausforderung der SPD.

Beispiele:

In keiner anderen Partei wird Solidarität und Leistung zu einem emanzipatorischen Gesellschaftsbild zusammen geführt, das Hoffnung und Aufstiegsmöglichkeiten für alle Menschen bietet. Dafür stehen unsere Bildungspolitik der Chancengleichheit, unsere Bürgerversicherungsmodelle, die Arbeitsversicherung.

Keine andere Partei führt die industriepolitische mit der ökologischen und der sozialen Frage zusammen. Beispiel Elektromobilität: CDU und FDP haben schon Schwierigkeiten mit steuernder Wirtschaftspolitik, die Grünen interessieren nur ökologische aber keine sozialen Folgen und wir sind die einzigen, die individuelle Mobilität bei steigenden Benzinpreisen nicht nur für diejenigen, die 5€ für den Liter Benzin bezahlen können, sicher stellen wollen.

Keine andere Partei kann zwischen der Forderung nach mehr Arbeitnehmerrechten und Mitbestimmung und damit auch einem Ende der Überwachung und Bespitzelung am Arbeitsplatz und der Freiheit im Internet die kulturelle Brücke schlagen und den gemeinsamen politischen Kern der Freiheit entwickeln.

Wir sind die Partei, die die Menschen in Arbeit bringen will. Deshalb ist für uns die Höhe der Transferleistungen eben nicht die einzige sozialpolitische Frage.

Das ureigene sozialdemokratische Versprechen, dass jeder durch Arbeits- und Bildungseifer einen gesellschaftlichen und ökonomischen Aufstieg für sich und seine Kinder erreichen kann, muss glaubwürdig erneuert werden. Unsere Zukunft liegt nicht im Wettbewerb um die höchste Sozialhilfesumme im Wahlprogramm, sondern im klügsten Weg aus der Sozialhilfe heraus. Im klügsten Konzept die Vererbung von Armut zu unterbrechen. Wir wollen, dass sich Leistung wieder lohnt. Und meinen dabei mit Leistung, nicht, dass was der Einzelne an Herkunft und Besitz schon hat, sondern was er für diese Gesellschaft tut und einbringt.

5. Volkspartei in einem sozialen und demokratischen Deutschland

Wir leben in einem Land, in dem soziale und demokratische Politik fast durch alle gesellschaftlichen Milieus hindurch in ihrer Kernaussrichtung mehrheitsfähig ist. Diese gesellschaftlichen Mehrheiten müssen wir durch Vertrauen bildende Maßnahmen und reale Politik, die Hoffnung auf eine Verbesserung für die Mehrheit der Menschen gibt, in Wählerstimmen und damit Macht umsetzen.

Diese Wahrnehmung von Verantwortung unterscheidet uns von den Liberalen, den Grünen und Konservativen, deren Interessengruppen durch die gesellschaftlichen Veränderungen weniger gefährdet sind. Sie unterscheidet uns auch von der PDL. Bildlich gesprochen: Alle anderen verhalten sich wie Piloten die vor dem Start nur ein einziges Instrument beachten. Wir haben die vollständige Instrumententafel im Blick.

Wir müssen das Vertrauen in die Kausalität zwischen dem was wir wollen und dem was wir tun wieder herstellen und das auch in Abgrenzung zur PDL: Wir kündigen weniger an, dafür machen wir mehr.

Die Menschen kommen nicht mehr zu uns. Wir müssen auf die Menschen, die organisierten und die nicht-organisierten von uns aus zugehen. Wir müssen für sie Räume und Möglichkeiten zur Mitarbeit und Einflussnahme in der SPD schaffen. Wichtig ist ein offensives Zugehen auf (potentielle) Bündnispartner.

Die Partei muss sich wieder sicherer im Umfeld der sozialen Bewegungen aufhalten – sie muss auch ihre Fähigkeit zurückgewinnen, Bewegungen auszulösen. Das heißt vor allem, dass wir die Fähigkeit zurückgewinnen müssen, aufkeimende Konflikte zu erkennen, zu unterstützen und an uns zu binden. Als Beispiel sei hier nur die Lage der Milchbauern genannt. Diesen Konflikt zu unterstützen ist aus vielen Gründen attraktiv – nicht zuletzt weil sich hier tief im Terrain der konservativen Konkurrenz etwas ausrichten lässt.

Von außen wird uns in naher Zukunft die Frage angedient, ob die SPD (noch) Volkspartei sei. An dieser Debatte müssen und dürfen wir uns nicht beteiligen. Genauso überflüssig ist die erneute Suche nach einer neuen Gruppe die uns wählen könnte – so als wäre man seiner bisherigen Wähler überdrüssig. Aus demselben Grund sollten wir uns auch nur sehr nachrangig (bestenfalls auf der Ebene von Machterwerbsüberlegungen) mit unserem inhaltlichen Verhältnis zur Linkspartei beschäftigen. Da ist die Frage unseres Verhältnisses zu den Wählern und Bezugsgruppen der Linkspartei schon wichtiger, weil sie zu einem großen Teil aus unseren ehemaligen Wählern und Bezugsgruppen bestehen.

Zusammenfassung:

Wir benötigen einen Prozess der die demokratische Basis der Partei stärkt.

Aus dieser Basis heraus müssen wir unsere nächsten großen Entscheidungen fällen – mit Transparenz für uns und die interessierte Öffentlichkeit.

Zur Transparenz gehört eine ehrliche Bilanz.

Aus der Bilanz und unseren demokratischen Entscheidungen entwickeln wir Leitlinien für die Zukunft

Glück Auf!